

Professor ohne Abi und Uni? Geht alles!



Im Zusammenhang mit den Doctores exitus Guttenberg und Koch-Mehrin hat heute Jan Fleischhauer in seinem Schwarzen Kanal zu Recht darauf hingewiesen, daß eigentlich seit 1968 die ganze Universität verlottert ist. ProfessorIn kann jede(r) werden, der/die telegen daherschwafelt und links steht. Dazu ist nicht einmal mehr ein Abi notwendig, geschweige denn eine Habilitationsschrift. taz-Chefredakteur genügt, schreibt Fleischhauer.

Und in der Schweizer WELTWOCHE stand am 9. März 2011 die Geschichte einer Frau Katharina Prelicz-Huber, die ohne Abi und **ohne je eine Universität von innen gesehen zu haben** mit ein oder zwei Workshops und einem Zeitschriften-Artikel zur Professorin für Soziale Arbeit an der Hochschule Luzern (HSLU) ernannt wurde. Sie gehört zu den Grünen. Wer aber weder eine Doktorarbeit noch sonst je eine wissenschaftliche Arbeit geschrieben hat, kann auch nicht mit Plagiaten erwischt werden.

Und dazu **ein wichtiger Punkt**. Warum erwischt man keine falschen SPD-Professoren und grünen Doktoren? Ganz einfach! Die Rechten sind zu faul zum Suchen. Die Linken arbeiteten wie die Ameisen, um Guttenberg zu überführen. Konservative Internetnutzer rühren keinen Finger, und der klägliche CDU-Anhang recherchiert auch nichts. Lieber schafft die CDU die Hauptschule ab. Sozialistisches Langziel mit gleichen Bildungschancen für alle: Jeder kann Professor werden, ohne je

eine Schule von innen gesehen zu haben! Reicht für den Haitek-Standort Germany.

Iran: Raketentest mit Reichweite bis Europa



Der Iran hat heute eine massive Militärübung durchgeführt, bei der auch Raketen mit einer Reichweite von 2.000 Kilometer getestet wurden. Die ballistische Rakete „Sejil“, die mit einem Nuklearsprengkopf ausgestattet werden kann, könnte somit neben Israel auch Europa erreichen.

„haolam“ meldet weiter:

Iran ist einer der weltweit wichtigsten Förderer von Terrorismus: Das Land finanziert unter anderem die Hamas, den Islamischen Dschihad und die Hisbollah. Teheran wird seine Beziehungen mit der libanesischen, nun von der Hisbollah kontrollierten Regierung ausdehnen, sagte Irans Präsident Ahmadinedschad während eines Treffens mit dem libanesischen Außenminister Andan Masour am Samstag.

Brigadegeneral Amir Ali Hadschisadeh, Kommandeur der Luft- und Raumfahrtdivision der Islamischen Revolutionsgarde

(IRGC), sagte am Sonntag, dass die Übung mit dem Namen „der große Prophet Mohammed 6“ darauf abziele, „das Maß der Vorbereitung der IRGC-Einheiten zu bestimmen, neue Taktiken zu trainieren, die Anwesenheit junger Soldaten neben erfahrenem Personal der IRGC sowie den ausgedehnten Gebrauch von fortschrittlicher Ausrüstung.“

Hadschisadeh gab an, dass Raketen mit großer, mittlerer und kurzer Reichweite, darunter die Sejil, die Fateh (Eroberer), Qiyam (Aufstand), Shahab-I und Shahab II, während der Kriegsspiele getestet würden.

„Wir werden außerdem die modernen Raketenabschussanlagen vorstellen, die in verschiedenen Teilen Irans benutzt werden“, sagte er. Er fügte hinzu, dass die IRGC zudem Raketenbunker präsentieren werde – unterirdische, vertikale, zylindrische Container, die der Lagerung und dem Abschuss von ballistischen Raketen dienen.

Hadschisadeh behauptete, dass die Kriegsspiele eine Botschaft des Friedens an Irans Nachbarn sendeten. „Dieses Manöver ist keine Bedrohung für andere Länder, und es wird innerhalb des jährlichen Zeitplans der iranischen Streitkräfte durchgeführt, um Irans Verteidigungskapazitäten aufrechtzuerhalten.“

Getestet wird außerdem die „Chalidsch-e Fars“ (Persischer Golf), eine intelligente Antischiffsrakete mit einer hochpräzisen Reichweite von 300 km, die im vergangenen Februar präsentiert wurde.

„Diese neuen Geschosse haben Ultraschallgeschwindigkeit und können vom Feind nicht entdeckt oder abgefangen werden“, sagte IRGC-Kommandeur Generalmajor Mohammad Ali Dschafari in einem Interview im Februar.

Dschafari ist einer von drei hochrangigen IRGC-Offizieren, die in der vergangenen Woche von der EU mit Sanktionen belegt wurden, weil sie Syriens Präsidenten Bashar Assad bei der blutigen Niederschlagung der Proteste in Syrien unterstützt

haben sollen.

Ein dramatisches Szenario droht sich in unseren Tagen zu erfüllen. Und die UN? Sie schweigt. Obama? Er schweigt. Hören Sie hier noch einmal die ermahnenden Worte Bibi Netanjahus zu dem Ahmadinedschad-Regime:

NRW führt Scharia in Schwimmbädern ein

☒ Sollten Sie in den nächsten Tagen meinen, sie sehen Pinguine im Schwimmbad, dann liegt es nicht an ihren Augen. Die Scharia hält jetzt in den Schwimmbädern von Nordrhein-Westfalen Einzug. Das Land „segnete“ jetzt die islamischen Forderungen ab.

Die WAZ berichtet:

Oberhausen. Muslimische Schülerinnen dürfen in Oberhausen künftig im Ganzkörper-Badeanzug, dem „Burkini“, am gemischten Schulschwimm-Unterricht teilnehmen. Einen entsprechenden Erlass des Landes NRW gibt es zwar schon länger, die Praxis sah jedoch anders aus.

In Oberhausen dürfen muslimische Schülerinnen künftig sogar im Ganzkörper-Badeanzug, dem sogenannten „Burkini“, am gemischten Schulschwimm-Unterricht von Jungen und Mädchen teilnehmen.

Dafür will Schuldezernent Reinhard Frind sorgen. Eine solche Erlaubnis des Schulministeriums gibt es zwar längst, doch die Praxis vor Ort ist eine andere, wie nicht nur der aktuelle

Fall einer Sechstklässlerin des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums zeigt: Mitarbeiter eines öffentlichen Bades verweigerten ihr die Teilnahme am Unterricht. Aus hygienischen Gründen dürfe sie mit dem Burkini nicht ins Wasser.

„Religiöse Gefühle der Tochter verletzt“

Muslimische Eltern und deren Töchter begründen die fast komplette Verhüllung des Körpers damit, dass das Tragen eines Bikinis oder Badeanzugs die „religiösen Gefühle der Tochter verletzen“ würde. In der Vergangenheit hatten deshalb Eltern die Teilnahme ihrer Töchter am gemeinsamen Pflicht-Schwimmunterricht von Jungen und Mädchen verweigert.

Das NRW-Schulministerium reagierte deshalb mit einem Burkini-Erlass, der dieses Kleidungsstück in allen öffentlichen Bädern erlaubt. So sollte die Teilnahme der muslimischen Schülerinnen am normalen Schwimmunterricht möglich gemacht werden.

Dieser Erlass ist den Oberhausener Bademeistern anscheinend nicht bekannt. Schuldezernent Frind gesteht ein Kommunikationsproblem und verspricht, alle Beteiligten schnellstens aufzuklären.

Teilnahme am Schwimmunterricht erzwingen

Alexander Höfer, Sprecher der für die Oberhausener Bäder zuständigen OGM, begründet den Rauswurf der Burkini-Schülerin mit der Badeordnung: „Diese sieht nur das Tragen von badeüblicher Kleidung vor.“ Verboten seien T-Shirts, längere Hosen und Burkinis. Grund seien hygienische Vorschriften: Man könne nicht nachvollziehen, ob unter dem Burkini weitere Kleidung getragen werde. Auch das obligatorische Duschen vor dem Schwimmen gestalte sich im Burkini schwierig.

Der Burkini-Erlass des Landes schlägt aber rechtlich die Badesatzungen der Städte. Der Vorteil der Burkini-Erlaubnis: Der Staat kann nun die Teilnahme am Schwimmunterricht

erzwingen, für die Eltern gibt es keine Ausrede mehr – zumindest sieht dies das Oberverwaltungsgericht Münster in einem Urteil von 2009 so. „Auch strenggläubigen muslimischen Schülerinnen ist das Tragen einer den islamischen Bekleidungsvorschriften entsprechenden Schwimmkleidung in aller Regel zumutbar.“

Kollegium ist verunsichert

Öffentlich bekannt wurde der Rausschmiss der jungen Oberhausener Muslima durch FDP-Ratsfrau Regina Boos im Schulausschuss.

Einzelne Schulen begrüßen die Haltung von Frind, die Burkini-Erlaubnis nun in den städtischen Schwimmbädern zügig durchzusetzen. „Unser Kollegium ist verunsichert. Ich habe einen Auftrag des Landes, dass auch Mädchen muslimischen Glaubens am Schwimmunterricht teilnehmen müssen“, sagt Michael von Tettau, Leiter des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums. Diesen Auftrag wolle er gerne erfüllen, wenn ihn die Bademeister denn auch ließen.

Kaufen Sie sich bitte keinen Bikini mehr. Besser einen Taucheranzug. Bikinis werden Frauen in Europa nicht mehr lange tragen dürfen!

Vogel will am 9. Juli Hamburg aufstacheln



Der deutsche Islamisten-Guru Pierre Vogel (Foto) plant am 9. Juli seine aufstachelnde Hetze in Hamburg fortzusetzen. Der Verfassungsschutz beobachtet wieder besorgniserregend hinterher. Der Ort wird von den Veranstaltern bisher noch geheimgehalten, um Gerichtsverbote und Gegendemonstrationen zu vermeiden.

Die „Hamburger Morgenpost“ schreibt:

Der radikal-islamistische Hassprediger Pierre Vogel (32) kündigt für den 9. Juli einen Auftritt in Hamburg an. Der Ort ist noch geheim, um Proteste und gerichtliche Verbote zu erschweren. Der Verfassungsschutz ist besorgt.

Derartige Auftritte außerhalb von Moscheen sind neu in der radikalen Islamistszene: „Wir sehen mit Besorgnis, dass Pierre Vogel öffentlich für den radikalen Islamismus wirbt und damit auch Gegenproteste provoziert“, so der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes Manfred Murck.

Vogel hatte in den vergangenen Monaten mehrere Massenveranstaltungen auf öffentlichen Plätzen in verschiedenen Städten abgehalten. Er werde in Hamburg darüber sprechen, ob der Islam die Frau unterdrücke und warum die Bundeswehr Afghanistan verlassen sollte, kündigt der Rheinländer in einer Videobotschaft an.

Im April hatte Vogels in der Frankfurter Innenstadt eine Kundgebung vor etwa 1500 Zuhörern abgehalten. Das Verwaltungsgericht hatte ihm zuvor allerdings untersagt, das geplante Totengebet für Bin Laden zu sprechen.

Auch in Koblenz und Mönchengladbach hatte der Konvertit zahlreiche Anhänger versammelt. Er prophezeit Angela Merkel einen Platz in der Hölle, wenn sie nicht zum Islam übertritt und fordert die Einführung der Scharia in Neukölln.

Der 32-Jährige, der durch Talk-Show-Auftritte bekannt wurde, genießt in der salafistischen Szene Kult-Status. Die Salafisten legen den Koran wörtlich aus, gelten als integrations- und demokratiefeindlich, lehnen Terroranschläge allerdings ab. Islamismusexperten aber sehen Vogel als „Durchlauferhitzer“ für spätere Gotteskrieger.

Sobald wir erfahren haben, wo der genaue Veranstaltungsort ist, teilen wir es hier auf PI mit. Gegendemonstranten wie die mutige Heidi sind herzlich erwünscht!

Graumann: Blindwütiger Israel-Hass bei Linken



Dieter Graumann (Foto l.), Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, wirft Teilen der Linkspartei blindwütigen Hass auf Israel vor. „Der Israel-Hass hat sich inzwischen in der Linken partiell eingefressen“, so Graumann.

(Von Michael Böthel)

Für den „Tagesspiegel“ gab er folgendes Interview:

Herr Graumann, Sie haben Teilen der Linkspartei einen „blindwütigen pathologischen Israel-Hass“ vorgeworfen. Ist die Linke eine antisemitische Partei?

Nein, die Linkspartei ist ganz sicher keine antisemitische Partei. Im Osten kämpft sie leidenschaftlich und voller Einsatz gegen die NPD. Das würdige ich immer wieder ausdrücklich – und davon können sich andere Parteien oft eine Scheibe abschneiden. Aber nur weil sie sich antifaschistisch engagiert, gibt das der Partei nicht das Recht, dass unter ihrer Fahne einzelne Mitglieder ihren fanatischen Israel-Hass ausleben dürfen. Bei einigen hat dabei auch die Judenfeindlichkeit schon begonnen. Nämlich dann, wenn ihre Kritik an Israel von der sachlichen Auseinandersetzung mit der israelischen Politik in böse Häme über den jüdischen Staat übergeht und er pauschal dämonisiert und delegitimiert wird.

Sind das Einzelfälle?

Der Israel-Hass hat sich inzwischen in der Linken partiell eingefressen. Es gibt leider so viele hässliche Beispiele: Die Bundestagsabgeordnete Inge Höger besucht einen Hamas-nahen Kongress in Wuppertal und lässt sich dort einen Schal umlegen, auf dem der Nahe Osten ohne Israel abgebildet ist. Beim Holocaust-Gedenktag im Bundestag im letzten Jahr erscheint der 86-jährige Staatspräsident Schimon Peres und Abgeordnete der Linkspartei bleiben demonstrativ sitzen, um ihre kalte Verachtung zu zeigen. Politiker der Linken rufen zum Boykott israelischer Produkte auf. Andere machen sich über das bloße Existenzrechts Israels, also das Recht leben und überleben zu dürfen, lustig und bezeichnen es als „läppisch“ oder als „Hirngespinnst“. In Herford beschließt das Stadtparlament die Synagoge wieder aufzubauen, die von den Nazis niedergebrannt wurde – die Vertreterin der Linken stimmt als einzige dagegen. Selbstverständlich ist Kritik an

Israel nicht gleich antisemitisch, aber in nicht wenigen dieser genannten Fälle hat der Antisemitismus ganz klar schon schleichend begonnen.

Sollte die Linken-Führung konsequenter gegen solches Verhalten vorgehen?

Ich würde mir wünschen, dass die Linkspartei endlich die Kraft findet, so etwas nicht mehr zu dulden und zu bagatellisieren. Die Maßstäbe, die sie an andere Parteien legt, sollte sie auch für sich selbst anwenden. Die Israel-Hasser haben ein viel zu hohes Gewicht in der Partei. Paradoxerweise sind das vor allem einige Kräfte aus dem Westen. Im Osten hatte das Gift der alten DDR im Bezug auf Israel lange gewirkt, aber dort haben die Mitglieder entweder dazu gelernt oder sie sind heute sehr diszipliniert.

Linken-Chef Klaus Ernst sieht in Ihren Äußerungen eine pauschale Diffamierung seiner Genossen. Sie würden den Antisemitismus-Vorwurf inflationieren und damit Ihrem Anliegen schaden.

Es ist das gute Recht, von Herrn Ernst, auf meine Kritik zu reagieren. Wie er es tat, hat mich aber doch verwundert. Jedenfalls: Auf die guten Ratschläge von Herrn Ernst habe ich gerade noch gewartet. Ich bedanke mich dafür auch sehr herzlich. Aber: Manche Ratschläge sind Tiefschläge. Ich habe die Linkspartei ausdrücklich nicht generell, sondern nur punktuell kritisiert. Mein eigener Tipp an Herrn Ernst lautet nun: Weniger Rat. Und: Mehr Tat. Herr Ernst sollte sich lieber um die skandalösen Vorgänge in seiner Partei kümmern, anstatt dem Zentralrat vorzuschreiben, was er tun darf. Wenn er meint, dass ausgerechnet die Linkspartei dem Zentralrat in schneidigem Ton einen Maulkorb verpassen kann, irrt er. Wir brauchen auch nicht seine noch eine andere gütige Genehmigung, um Vorgänge anzusprechen, die wir als kritisch empfinden. Mir begegnen immer wieder solche Argumentationsmuster: Die Juden sollten über Antisemitismus

lieber schweigen, weil er dann nur noch schlimmer würde, nur stille Juden seien gute Juden. Ich will die Parallelen zu Anderen hier gar nicht erst ziehen. Aber vielleicht könnte Herr Ernst doch folgendes berücksichtigen: Die Benennung und Bekämpfung von Antisemitismus ist nicht mein persönliches Anliegen, sondern sollte das Anliegen von allen Menschen in Deutschland sein, denen Toleranz und Freiheit am Herzen liegt. Das ist auch ein Stück dessen, was man heute Staatsräson in Deutschland nennt.

Fraktionschef Gregor Gysi hat vor Pfingsten einen Beschluss erzwungen, um der Israel-Kritik Grenzen zu setzen. Ist das nichts?

Nun ja, Sie sagen es, Herr Gysi hat den Beschluss sozusagen „erzwungen“. Er musste dafür offenbar großen Druck ausüben. Die Einstimmigkeit ist ja nur zustande gekommen, nachdem mehrere Abgeordnete den Saal verlassen haben. Ein Ruhmesblatt von Einsicht und Überzeugungskraft ist das jedenfalls sicher nicht.

Nun soll sich die Fraktion in einem zweiten Beschluss gegen die inflationäre Verwendung des Begriffes Antisemitismus verwehren. Empfinden Sie das als Einknicken?

Wenn der zweite Beschluss dazu dienen sollte, den ersten aufzuweichen, um die Israel-Feinde mit ins Boot zu nehmen, kann man es auch gleich sein lassen. Es bleibt dabei: Die Linke drückt sich seit Jahren davor, ihr Verhältnis zu Israel zu klären. Vernünftige und besonnene Stimmen dort gibt es ja. Ich wünsche ihnen von Herzen Glück und Segen bei ihren Bemühungen.

Wären Sie zu einem Gespräch mit der Links-Fraktion und den Israel-Kritikern bereit?

Vor drei Wochen habe ich anderthalb Stunden mit Herrn Gysi zusammen gesessen. Und vor wenigen Tagen habe ich mit Frau Löttsch verabredet, dass wir demnächst ein Gespräch führen.

Ich habe keine Berührungsängste. Ich nehme mir aber die Freiheit zu sagen, wenn ich etwas falsch finde. Die Linkspartei, der Anti-Israel-Kampf und beginnender Antisemitismus dort sind in den letzten Wochen von vielen thematisiert worden, im Bundestag, in wissenschaftlichen Untersuchungen und den Medien. Da müssen doch auch wir etwas dazu sagen dürfen. Wer, wenn nicht wir? Mein Mentor Ignatz Bubis hat mir auf den Weg gegeben: Es ist schön, wenn andere sich für uns einsetzen, aber unsere Kämpfe müssen wir auch selber austragen, couragiert und resolut. Genau das werden wir immer machen.

Spät, sehr spät und langsam beginnt der Zentralrat die wirklichen Zustände in Deutschland zu erkennen...

(Foto oben r.: Pressekonferenz der Linkspartei-Politikerin Inge Höger und des ehemaligen Linken-Bundestagsabgeordneten Norman Paech zu ihrer Teilnahme bei der Gaza-Flotille)

Britische Muslime in „Gefahr“ durch Christen



Britische Muslime fühlen sich durch „beleidigte“ Christen diskriminiert und bedroht. Gläubige Christen seien „für den Religionsfrieden gefährlicher als

Muslimen“, behauptet darum der Vorsitzende der britischen Kommission für ~~Abschaffung des Christentums~~ Gleichstellung und Menschenrechte, Trevor Phillips.

Kath.net berichtet:

Trevor Phillips weist darauf hin, dass es „viele Stimmen christlicher Aktivisten“ gebe, welche auf genau jene Art der Religionsverfolgung hinweisen, „welche, so glaube ich, in unserem Land nicht wirklich existiert“.

Weiterhin warnte er vor religiösem Extremismus: einige christliche Aktivisten würden nicht für ihre Religion, sondern um politischen Einfluss kämpfen. ...

Doch sobald eine Religion öffentliche Beiträge leiste, müsse sie sich seines Erachtens nach auch an die Regeln für die öffentlichen Beiträge halten, beispielsweise müssten dann Katholische Adoptionsstellen Kinder auch an homosexuelle Paare vermitteln.

Alle Gefahr geht also von den Christen aus. Die Christen müssen um jeden Preis bekämpft und in den Gender-Mainstreaming-Islamophilismus assimiliert werden.

Taqiyya des Tages



(Aufgespürt von Nico M. in Bruchsal)

Hauptschulen: Die CDU schafft sich weiter ab



Im selben Tempo, wie die FDP in der demoskopischen Bedeutungslosigkeit verschwindet, setzt sich die CDU von bürgerlichen Prinzipien ab. Ziel von Frau Merkel ist es dabei offenbar, 2013 gleichberechtigt zur SPD mit den GrünInnen Koalitionsverhandlungen führen zu dürfen. Auf diese Formel kann man seit Fukushima die CDU-Atompolitik und seit der letzten CDU-Präsidiumssitzung leider auch die Bildungspolitik bringen. Denn nun will auch die CDU – sehr zum Unbehagen ihrer eigenen Basis, der CSU und konservativer Lehrer- und Elternverbände – die Hauptschule abschaffen.

(Thorsten M.)

Annette Schavan, die kinderlose und damit sehr für ihr Amt qualifizierte CDU-Bundesbildungsministerin, hatte bereits vor einem Monat erklärt, dass Haupt- und Realschulen vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen zu Oberschulen zu verbinden seien. Ohne dass es so je auf einem Parteitag diskutiert worden wäre, zieht nun also auch das CDU-Präsidium bei diesem Standpunkt mit und schafft sich die CDU als „konservative“ Alternative weiter selbst ab.

Man wolle ebenso künftig auch „integrative Systeme“ wie Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen „respektieren“, so der unter

dem Namen „Bildungsrepublik Deutschland“ daher kommende Entwurf des Gremiums weiter. Aber natürlich nur dort, wo es dem Elternwillen entspräche, ergänzt man beschwichtigend.

So sehr man sich beeilt mit rückläufigen Schülerzahlen zu argumentieren, steckt hinter der Idee neben der Anbietung an den übrigen linken Politbetrieb freilich noch ein ganz anderes Projekt:

Nachdem man es zugelassen hat, dass in Westdeutschland unter den Neugeborenen die Kinder mit Migrationshintergrund die 40%-Marke erreichen und sich diese ohne deutschsprachiges Umfeld immer mehr als nicht-beschulbar erweisen, will man sie in ihren bisherigen Schulklassen zukünftig „verdünnen“. Im Klartext bedeutet dies: Die bisherigen Realschüler sind somit als nächstes „Kanonenfutter“ für das gescheiterte Multikulti-Experiment vorgesehen. Nach der „Versonderschulung“ der Hauptschüler, kommt nun also die „Verhauptschulung“ der Realschüler. Dabei klagen schon jetzt immer mehr Ausbildungsbetriebe sogar in Baden-Württemberg, dass für anspruchsvolle Handwerksberufe, wie Schreiner, Elektriker oder Heizungsinstallateur, selbst auf Realschulen immer weniger geeignete Auszubildende zu finden sind.

Es ist tragisch, wenn man als Folge dessen zukünftig, um auf einen ordentlichen Handwerksberuf gut vorbereitet zu sein, ein Gymnasium besuchen muss. Darüber hinaus gilt: Für immer mehr Arbeitsplätze, die man bisher gut mit Meistern oder Technikern besetzen konnte, wird man künftig auf nur theoretisch ausgebildete Uni-Absolventen zurück greifen müssen. Denn wer auf der Flucht vor der „Oberschule“ erst einmal auf einem Gymnasium ist, wird sich oft schon aus Mangel an klaren Perspektiven auf der Uni wieder finden, auch wenn dies eigentlich gar nicht seinem Intellekt entspricht.

Der gesellschaftlich angestrebten längeren Lebensarbeitszeit ist das in jedem Fall so wenig zuträglich, wie den Bedürfnissen der Wirtschaft, die händeringend Praktiker sucht.

Lediglich konkurrierende Wirtschaftsmächte und die OECD können sich über diese Entwicklung freuen. Erstere weil sich Deutschland mit seiner Selbstabschaffung als Wettbewerber immer mehr schwächt. Die OECD dagegen, weil sie immer noch nicht das duale Ausbildungssystem in Deutschland verstanden hat und daher meint, dass bei uns noch viel zu wenig junge Menschen studieren würden.

» CDU will jetzt auch die Einheitsschule

„Säkularer Fundamentalismus“ erfunden



Also, das schlägt dem Fass den Boden aus: Der Hamburger Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Harald Schmid (Foto) bestätigt das Vorurteil, dass alle Politologen einen Knall haben und setzt islamische und „säkulare Fundamentalisten“ leichten Herzens gleich. Angeblich gefährden letztere die Demokratie. Leider wird Schmid nicht gefragt, wieviele Menschenleben durch „Islamophobie“ in der Vergangenheit zu beklagen waren und noch zu beklagen sein werden und wir wetten, er wäre lieber in den Händen „säkularer Fundamentalisten“ als von Islamisten.

Da hätte er nämlich echte Chancen, ohne Halsabschneiden zu überleben.

Nachdem er den „säkularen Fundamentalismus“ erfunden hat (eine Wortschöpfung, die ihm wohl gefällt) und Thilo Sarrazin mit Mohammed Atta zumindest gleichsetzt:

Die Politik ist immer an aktuellen Schwerpunkten der Aufmerksamkeit orientiert, und die liegen seit 9/11 beim islamischen Fundamentalismus. Den säkularen Fundamentalismus sollte man aber viel stärker ins Auge fassen. In Deutschland und Österreich gibt es Fälle, die demokratiebedrohend wirken können – ich denke an den deutschen SPD-Politiker Thilo Sarrazin, der zumindest fundamentalistische Rhetorik bedient.

warnt er vor den „Fundamentalisten“ als den eigentlichen „Demokratiegefährdern“:

Egal, ob religiöser oder säkularer Fundamentalismus – beide Strömungen unterminieren die Demokratie. Im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht aber derzeit der islamische Fundamentalismus, der mit Gewaltbereitschaft identifiziert wird.

„Assoziiert“ unterstellt, dass es diese Gewaltbereitschaft nicht gibt, und sie quasi durch die Berichterstattung erfunden wird. Tja, über „säkulare Fundamentalisten“ gibt es eben nicht so viel zu berichten. Ein paar tausend Tote wie die Islamisten am 11. September oder tägliche Morde schaffen die einfach nicht. Tut uns leid.

Dann impliziert Schmid, dass Islamgegner blöde sind:

Schmid: Es geht dabei nicht um die Menschen, sondern um ganz bestimmte. Meist sind es Menschen, die Schwierigkeiten haben, der gesellschaftlichen Entwicklung zu folgen, sie zu verstehen. Menschen, die sich wenig mit Politik beschäftigen, die eher durch ihre Ängste gesteuert sind als durch ruhige Überlegungen. Menschen mit geringerer Bildung, „Modernisierungsverlierer“.

Dass es genau die sind, die sich besonders mit Politik beschäftigen (s. Wilders oder Sarrazin), sagt er lieber nicht. Und wir dachten immer, ein Land ist säkular oder nicht. Es

gibt ja auch nicht ein bißchen schwanger und fundamental schwanger.

Ein guter Mensch, der sich für sehr tolerant hält. Andere nennen es blöde...



In 62 Stunden 3 NPD-Kandidaten angegriffen

Drei Monate vor der Wahl wurden in Berlin mehrere NPD-Kandidaten innerhalb kurzer Zeit von linken Antifa-Gewalttätern niedergeschlagen, wie der Tagesspiegel und die Morgenpost berichten. Das ist sicher im Sinne des Bundestagsvizepräsidenten und DDR-Pastors Wolfgang Thierse, der sich bei jeder Gelegenheit gesetzwidrig irgendwo auf die Straße setzt und sich von der Polizei wegtragen läßt, um Hitler zu verhindern.

In einem Rechtsstaat bleibt aber festzuhalten, daß eine Partei, die nicht verboten ist, nicht an jeder Straßenecke von selbsternannten Antifaschisten zusammengeschlagen werden darf. Die Gefahr, die von der NPD ausgeht, die bundesweit irgendwo bei 1,5% liegt, ist null. Die Gefahr, die von den Linken ausgeht, die bis in die CSU hineinreichen und insgesamt ungefähr 80% des Parteienspektrums ausmachen, ist hochexplosiv. Kann sich irgendjemand daran erinnern, daß ihn die NPD geschädigt hat? Allein der ökonomische Schaden, den uns die Linken kosten, geht seit Gründung der Bundesrepublik in mindestens dreistellige Milliardenbeträge.

Die staatlich verordnete beschissene Statistik, in der jedes

von einem Türken hingeschmierte, falsch herum gemalte Hakenkreuz als rechte Gewalttat gerechnet wird und jeder Antifaschist mit dem kommunistischen Mörderlogo „Hammer und Sichel“ auf dem T-Shirt problemlos am Tag der offenen Tür Merkels Kanzlerbungalow besichtigen darf, dürfte den meisten Lesern hier seit längerem bekannt sein.

Der Autor dieser Zeilen kann gucken, wie er will, die Mehrzahl der Politvergehen hierzulande findet im linken Spektrum statt. Eine NPD-Demo mit 200 Teilnehmern zieht regelmäßig einen linken Aufmarsch von 2000 Teilnehmern nach sich. Nicht einmal unsere gleichgeschaltete Presse kommt dann umhin, linke Gewalt zu melden. Hiermit lade ich jeden herzlich ein, Gegenbeispiele zu bringen, falls er welche weiß. Noch einmal: das Recht gilt für alle, und für das Recht ist die Justiz zuständig und nicht selbsternannte rote Vigilanten!